

Deutschland-Check Februar 2012

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche

Deutschland-Check Februar 2012

Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Checks sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter www.deutschland-check.de online.

- S. 3 Das Barometer der Wirtschaft
 - Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung
- S. 8 Das Urteil der Ökonomen
 - Politikbewertung durch das IW Köln
- S. 13 Die Meinung der Arbeitnehmer
 - Ergebnisse einer Befragung von Arbeitnehmern durch die IW-Consult GmbH

Das Barometer der Wirtschaft

Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung



Wirtschaftsentwicklung: Frühlingsgefühle?

Obwohl der Winter noch nicht vorüber ist, zeigen sich erste zaghafte Frühlingsboten am Konjunkturmilieu. Ob sie das Schreckgespenst eines Abrutschens in eine Rezession endgültig verscheuchen können, bleibt allerdings abzuwarten. Noch ist die konjunkturelle Entwicklung labil und kann durch unvorhergesehene Ereignisse schnell aus der Bahn geworfen werden.

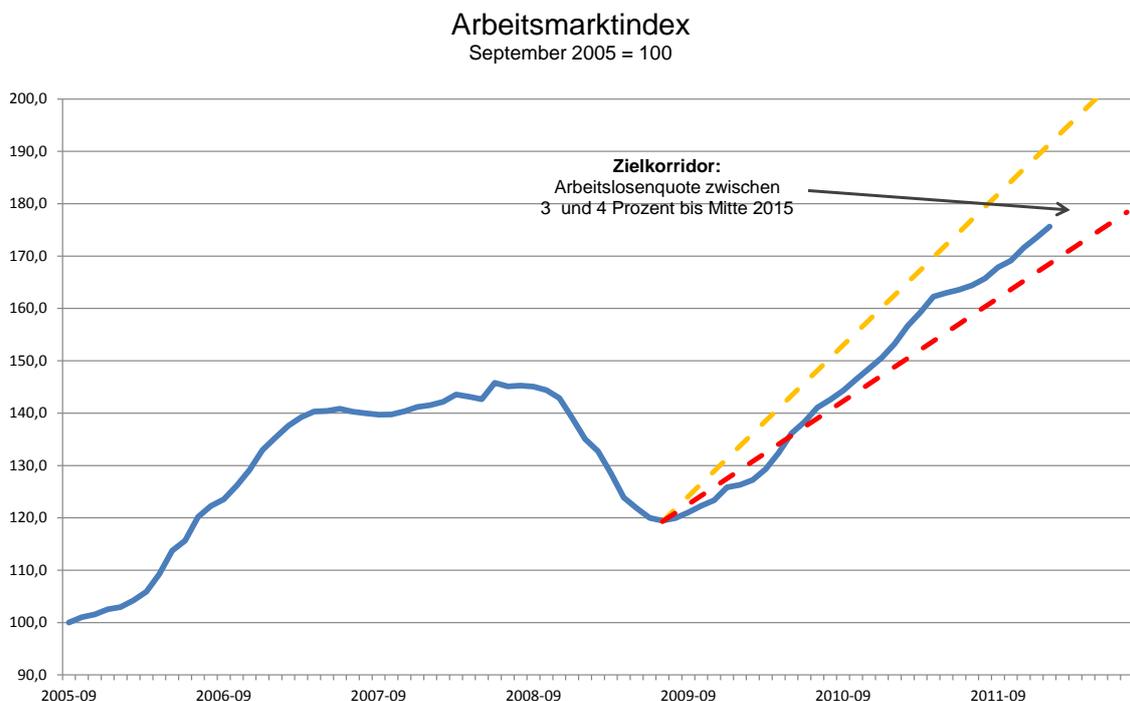
Hoffnungsvoll stimmen die zuletzt guten Nachrichten aus den USA, die viele Konjunkturauguren positiv überrascht haben. Nach einem für amerikanische Verhältnisse lange Zeit schwächelnden Arbeitsmarkt, zeigten sich zuletzt klare Besserungstendenzen: Die Unternehmen bieten wieder mehr Jobs an, gerade auch im verarbeitenden Gewerbe, und die Zahl der Arbeitslosen geht beschleunigt zurück. Die Stimmung der amerikanischen Konsumenten hat sich wieder merklich aufgehellt. Auch wenn der Takt für die globale Konjunktur mittlerweile stärker in Asien als in Amerika vorgegeben wird, sind positive Nachrichten aus der größten Volkswirtschaft der Welt mit einem globalen BIP-Anteil von rund einem Viertel ein enorm wichtiges Signal an die Märkte. Aber noch ist es wohl zu früh, von einem kräftigen Aufwärtstrend zu sprechen.

Deutschland blickt trotz des rückläufigen vierten Quartals auf ein zufriedenstellendes Jahr 2011 zurück. Wie das Statistische Bundesamt am 8. Februar meldete, hat die deutsche Exportwirtschaft ein Rekordjahr mit Exporten von erstmals über einer Billion Euro hinter sich. Die KfW meldete fast zeitgleich, dass die Zuversicht im deutschen Mittelstand zum Jahresanfang gestiegen sei. Auch die ganz aktuelle DIHK-Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn 2012 bestätigt dieses Bild: 46 Prozent der Unternehmen meldeten eine gute, 45 Prozent eine befriedigende und nur 9 Prozent eine schlechte Geschäftslage. Zudem ist der Saldo aus positiven und negativen Geschäftserwartungen für dieses Jahr mit fünf Prozentpunkten im Plus. Insofern kann das Verlaufsszenario der Konjunkturprognosen für Deutschland, das nach zwei schwachen Quartalen im Winterhalbjahr wieder eine ansteigende BIP-Entwicklung zeigt, eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen. Aber über allen optimistischen Aussichten schwebt natürlich das noch immer ungelöste Euro-Schulden-Problem wie ein potenziell hässlicher Spielverderber.

Die **Januar-Ergebnisse** im Einzelnen:

Der **Arbeitsmarktindex** startete unbeeindruckt von der Konjunkturdelle im Winterhalbjahr positiv ins neue Jahr. Beide Teilindikatoren waren im Plus:

- Saisonal bedingt ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar zwar erwartungsgemäß gestiegen, aber um Saison- und Kalendereffekte bereinigt ist sie weiter gesunken. Mit -34.000 Personen fiel der Rückgang sogar kräftig aus. Die in den Monaten November und Dezember des zurückliegenden Jahres zu beobachtende Beschleunigung des Abbaus der Zahl der Arbeitslosen hielt im Januar erfreulicherweise an.
- Die Zahl der offenen Stellen stieg im Januar saisonbereinigt um 6.000 an, ein von der Höhe vergleichbarer Zuwachs wie im Monat zuvor (+7.000). Die Arbeitskräftenachfrage blieb somit lebhaft.
- Insgesamt ist von einer Abschwächung des Aufwärtstrends am Arbeitsmarkt nichts zu sehen. Der Arbeitsmarktindex stieg erneut um 1,2 Prozent und damit in etwa so stark wie in den Monaten zuvor.
- Damit ist die Arbeitsmarktentwicklung klar im Soll, d.h. hält sie das Tempo, ist Vollbeschäftigung bis Mitte 2015 erreichbar. Der Index bewegt sich im Vollbeschäftigungstrichter nach vorne, ohne eine akute Gefahr, nach unten aus dem Trichter auszubrechen.

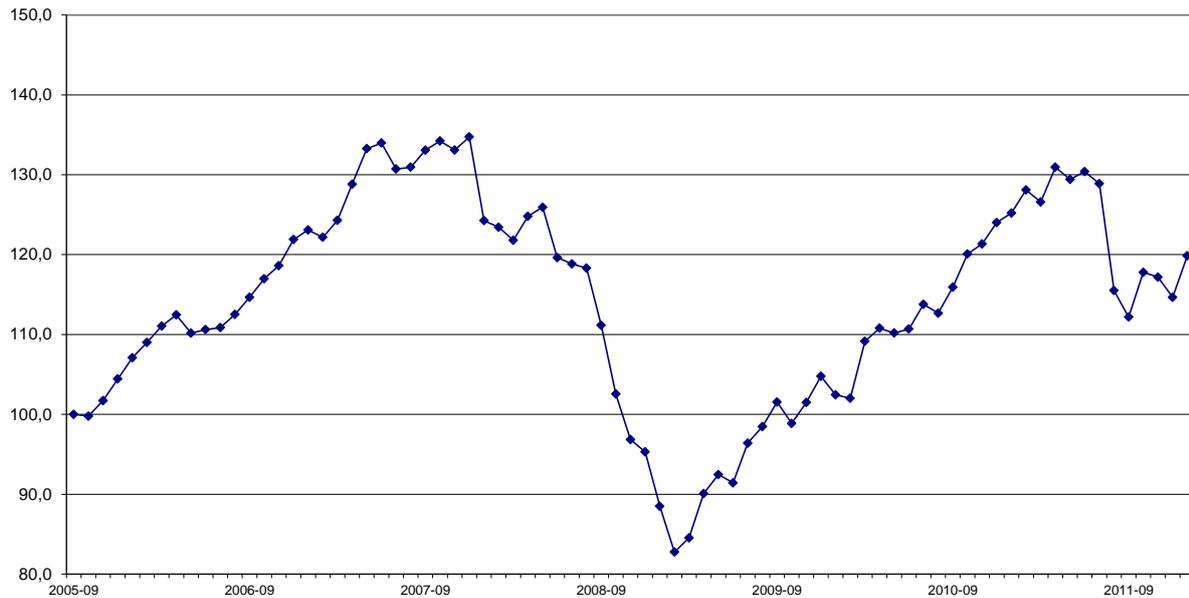


Der **Wachstumsindex** verzeichnete im Januar 2012 einen positiven Richtungswechsel, hervorgerufen von zwei der drei Indikatoren, die Positionsgewinne gegenüber dem Dezember 2011 verzeichnen konnten:

- Deutlich ins Plus drehte im Januar der DAX-Performance-Index. Im Verlaufe des Monats Januar legte er um 9,5 Prozent zu und übersprang wieder deutlich die 6.000er Schwelle (genau 6.459 Punkte). Er konnte somit die überraschenden Verluste im Dezember mehr als wettmachen.
- Der Ifo-Lage-Index verlor 0,4 Punkte und stand im Januar bei 116,3. Er ist damit auf einem nach wie vor hohen Niveau. Die Unternehmen des exportorientierten verarbeitenden Gewerbes meldeten im Januar sogar eine leicht verbesserte Lage. Im Handel und im Bauhauptgewerbe hat sich die Lage-Beurteilung hingegen leicht verschlechtert. Positiv anzumerken ist, dass bis auf den Einzelhandel alle Bereiche eine Aufhellung der Perspektiven für die nächsten sechs Monate gemeldet haben. Dies nährt die Hoffnung, dass die Industrieproduktion in nächster Zukunft wieder ansteigt.
- Im Dezember war die Industrieproduktion erwartungsgemäß real und saisonbereinigt den zweiten Monat in Folge zurückgegangen (-2,7 Prozent im Dezember). Das passt zum Befund eines schrumpfenden realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal des Vorjahres. Der Rückgang der Erzeugung fiel im Investitionsgütergewerbe mit 3,6 Prozent besonders kräftig aus. Bei den Vorleistungsgüterherstellern ging die Produktion um 2,4 Prozent, im Konsumgüterbereich hingegen nur um 0,9 Prozent zurück. Im Januar könnte sich das Bild schon aufgehellt haben. Das IW-Prognosemodell liefert einen leichten Zuwachs der Industrieproduktion von knapp einem Prozent.
- Insgesamt konnte der Wachstumsindex im Januar kräftig Boden gut machen und Rückgänge in den beiden Vormonaten mehr als wettmachen (+4,5 Prozent im Januar). Bemüht man das Alphabet, eine beliebte Vorgehensweise zur Beschreibung von Konjunkturverläufen, so zeigt sich beim Wachstumsindex am aktuellen Rand ein „W“ – oder Double-Dip. Damit das „W“ nicht zum Sägezahn mutiert, muss die Entwicklung aber in den kommenden Monaten weiter nach oben zeigen.

Wachstumsindex

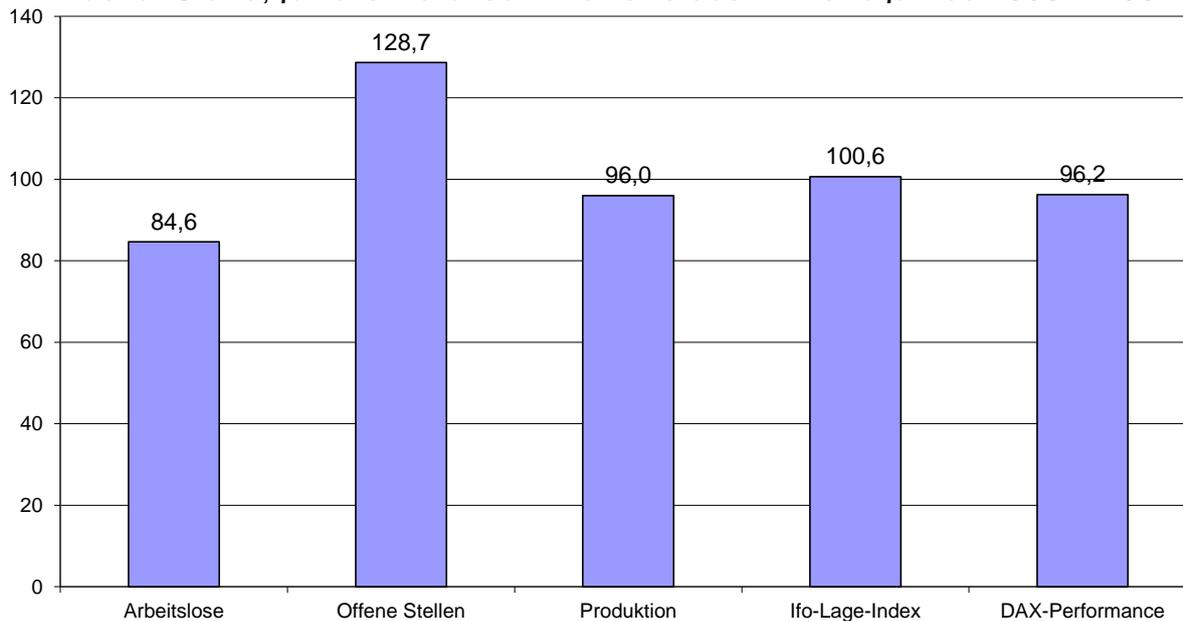
September 2005 = 100



Zu den fünf **Einzelindikatoren**: Im Vergleich zum Dezember 2011 zeigt sich für den Januar 2012 ein gemischtes Bild. Die beiden Arbeitsmarktindikatoren verbesserten sich weiter. Bei den gemeldeten offenen Stellen liegt der Index mittlerweile um 28,7 Prozent über dem Vorkrisenniveau und auch die Arbeitslosenzahl hält einen beruhigend stolzen Abstand zur 100-Prozent-Linie. Die drei Wachstumsindikatoren präsentieren sich weniger eindeutig. Trotz des leichten Rückgangs behielt der Ifo-Lage-Index im Januar den Kopf knapp über Wasser, während sowohl die Industrieproduktion als auch der Dax-Performance-Index auch im Januar das Vorkrisenniveau nicht erreichen konnten. Bei aller Freude über den beachtlichen und schnellen Aufholprozess der deutschen Wirtschaft nach der schweren Wirtschaftskrise, die uns im Jahr 2009 einen realen BIP-Rückgang von 5,1 Prozent bescherte, muss vor allem mit Blick auf die Industrieproduktion vor Euphorie gewarnt werden.

Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100



Das Urteil der Ökonomen

Politikbewertung durch das IW-Köln



Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden (zur Zeit im Vermittlungsausschusses)

Was ist geplant?

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, hat die Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept beschlossen, den Primärenergiebedarf des Gebäudesektors bis 2050 um 80 Prozent zu senken. Dazu muss sowohl die jährliche Sanierungsrate im Bestand mindestens verdoppelt als auch die Umsetzungsqualität der Maßnahmen deutlich gesteigert werden. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf sieht eine steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden vor. Steuerpflichtige Vermieter sollen ihre Herstellungskosten für energetische Sanierungsmaßnahmen beschleunigt abschreiben können. Steuerpflichtige, die ihr Objekt selbst nutzen, sollen die Aufwendungen wie Sonderausgaben geltend machen können.

Das Gesetz im Einzelnen:

- Gefördert werden sollen Wohngebäude, die vor 1995 gebaut wurden und nach einer energetischen Modernisierung den KfW-Effizienzhausstandard 85 erreichen. Dies muss durch die Bescheinigung eines Sachverständigen nachgewiesen werden.
- Bisher werden Herstellungskosten 50 Jahre oder 2 Prozent pro Jahr nach § 7 EStG abgeschrieben (Vermietung) oder keinerlei steuerliche Entlastungen gewährt (Eigennutzung). Nun sollen Steuerpflichtige ab dem Jahr der Herstellung bis zu 10 Prozent der Herstellungskosten für energetische Sanierungsmaßnahmen über 10 Jahre absetzen können – Vermieter als Abschreibungen, Selbstnutzer als Sonderausgaben.

Beurteilung durch das IW Köln: Bewertung: 4 von 5 Sternen

Begründung:

- Es besteht Einigkeit darüber, dass ein Hauptteil des Einsparpotentials für CO₂-Emissionen im Gebäudesektor vorliegt, welches durch private Investitionen gehoben werden sollte. Neben den bestehenden KfW-Förderprogrammen stellen steuerliche Anreize ein geeignetes Mittel dar, einen aktivierenden Anreiz zur Vornahme der erforderlichen Investitionen in den Gebäudebestand zu geben. Der Gesetzesentwurf ist zu begrüßen, da die heutige Steuerlandschaft noch nicht auf Energieeffizienz ausgerichtet ist und noch nicht ausreichend Anreize zur Vermeidung negativer externer Kosten klimaschädlicher Gase gesetzt sind.
- Immobilienbesitzern wird eine attraktive Wahlmöglichkeit eröffnet, entweder eine klassische KfW-Förderung (zinsgünstiges Darlehen oder Zuschuss) oder eine schnellere Abschreibung bzw. einen Sonderausgabenabzug in Anspruch zu nehmen. Doppelförderungen sind ausgeschlossen. Problematisch kann jedoch sein, dass die Steuervorteile nur für diejenigen Personen interessant sind, die über ausreichend Kapital verfügen und keinen Kredit aufnehmen müssen. Daher ist über eine Kopplung von KfW-Förderungen und Steuervorteilen nachzudenken, wenn die KfW zinsgünstige Darlehen ohne Zuschuss gewährt.
- Durch die Kopplung an den hohen Sanierungsstandard Effizienzhaus 85 ist der Gesetzesentwurf sehr zielgenau ausgestaltet und dürfte nur sehr wenig unbeabsichtigte Mitnahmeeffekte auslösen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass sich diese Anforderungen in vielen Fällen als zu hoch erweisen. Darüber hinaus, ist zu erwägen, ob eine steuerliche Förderung von Einzelmaßnahmen zugelassen werden sollte, zumindest dann, wenn nach einem Sanierungsfahrplan von vielleicht 5 oder 8 Jahren der Effizienzhausstandard 85 erreicht wird.
- Die Länder weigern sich bisher erfolgreich, dem Gesetzesentwurf zuzustimmen, da sie Steuerausfälle von bis 600 Millionen Euro pro Jahr befürchten. Es gibt jedoch nur äußerst schwache Argumente dafür, dass der Bund die Kosten alleine zu tragen hat. Außerdem muss beachtet werden, dass zusätzliche Haushaltsbelastungen dem Konsolidierungsziel zuwiderlaufen, wenn auch davon auszugehen ist, dass die ausgelösten Investitionen auch zu einem erhöhten Mehrwertsteuer- und Einkommensteueraufkommen führen können.

Die Meinung der Arbeitnehmer

Ergebnisse einer Befragung Arbeitnehmern durch die IW-Consult GmbH



Die deutsche Volkswirtschaft hat sich beachtlich entwickelt: In den vergangenen Jahrzehnten hatte Deutschland im Durchschnitt mehr oder minder laufend eine positive Wachstumsrate. Allerdings ist die Wirtschaftsleistung nicht stetig und nicht immer stark gewachsen, denn es gab auch Phasen der Schwäche. Zeitweilig galt Deutschland gar als „kranker Mann Europas“. Dieses Bild hat sich dramatisch verändert: Die deutsche Wirtschaft hat ihre Wachstumskrise überwunden und wird von vielen Beobachtern bewundert.

Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst der Bevölkerung, denn Wirtschaftswachstum ist das „Ergebnis der Anstrengungen der Menschen, es besser zu machen als bisher“ (so formulierte es schon 1975 der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung). Gleichzeitig kommt Wachstum der Bevölkerung zugute: Eine wachsende Wirtschaft kann den Lebensstandard steigern, Arbeitsplätze schaffen und die Staatskasse füllen, aus der Aufgaben wie Bildung, Umweltschutz und soziale Sicherung finanziert werden. Kritiker merken allerdings an, dass Wachstum auch negative Effekte haben kann – beispielsweise hinsichtlich der Umweltressourcen.

Da es verschiedene Sichtweisen gibt, verwundert es nicht, dass über die Bedeutung des Wirtschaftswachstums häufig diskutiert wird. Im Jahr 2012 erhält die Diskussion neuen Schwung, denn das Thema wird nicht zuletzt von der Bundesregierung als zentraler Bestandteil der politischen Agenda angesehen. Aber wie stehen Arbeitnehmer dazu – welche Auswirkungen und welche Bedeutung haben Wirtschaftswachstum aus ihrer Sicht? Vor dem Hintergrund dieser Frage dient das vorliegende IW-Arbeitnehmersvotum dazu, einen Überblick über die Meinung von Arbeitnehmern zum Thema „Wirtschaftswachstum in Deutschland“ zu geben.

Die Befragung

Für das IW-Arbeitnehmersvotum wurden vom 23. Januar bis zum 1. Februar 2012 insgesamt 1.000 Arbeitnehmer befragt. Die Stichprobe wurde hinsichtlich soziodemografischer

Merkmale entsprechend der Verteilung in Deutschland geschichtet (Tabelle 1 im Anhang). Im Einzelnen wurde die Zustimmung der Arbeitnehmer zu den folgenden Aussagen erhoben:

- „Das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahrzehnten hat die Lebenssituation in Deutschland alles in allem verbessert.“
- „Von Wirtschaftswachstum profitiert letztendlich die gesamte Gesellschaft.“
- „Wirtschaftswachstum ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung, um die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern – beispielsweise den Atomausstieg, die Schuldenkrise und die Sicherung des Rentenniveaus sowie der Gesundheitsversorgung.“
- „Wirtschaftswachstum ist auch zukünftig von zentraler Bedeutung, um unseren Wohlstand zu erhalten und zu steigern.“

Die Arbeitnehmer konnten ihre Zustimmung zu diesen Aussagen auf einer Skala zum Ausdruck bringen, die aus den Möglichkeiten „Stimme voll und ganz zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Stimme überhaupt nicht zu“ und „Keine Meinung“ bestand.

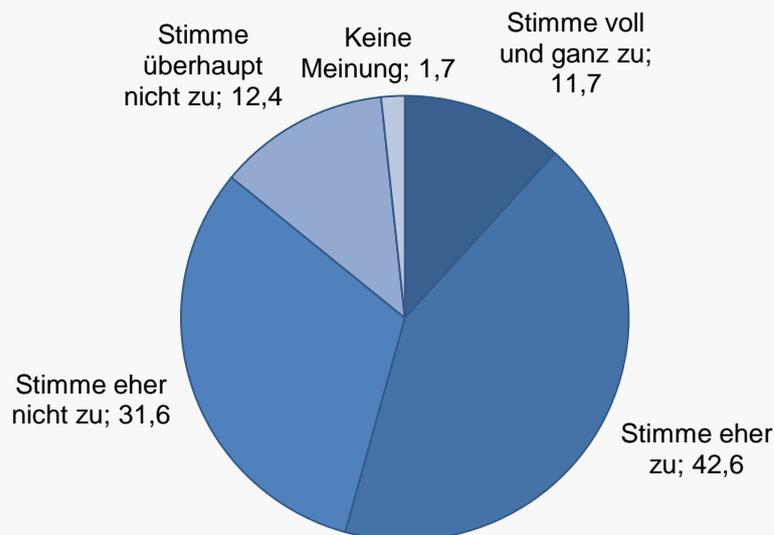
Mehrheit der Arbeitnehmer verbindet Wirtschaftswachstum mit positiven Effekten

Mehr als jeder zweite Beschäftigte ist der Ansicht, dass das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahrzehnten die Lebenssituation insgesamt verbessert hat: 54,3 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz oder eher zu (Abbildung 1). Andererseits stimmen 44,0 Prozent der Beschäftigten der Aussage nicht zu. Dies dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass viele Beschäftigte auch Schwächephasen erlebt haben, in denen die deutsche Wirtschaft nicht oder nur wenig gewachsen ist. Lediglich 1,7 Prozent der Arbeitnehmer vertreten keine Meinung zum Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die Lebenssituation, was für eine große Bedeutung des Themas für die Bevölkerung spricht.

Abbildung 1: Wachstum hat laut Mehrheit die Lebenssituation verbessert

„Das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahrzehnten hat die Lebenssituation in Deutschland alles in allem verbessert.“

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Vergleiche zwischen soziodemografisch abgegrenzten Gruppen und den Arbeitnehmern (Tabelle 2 im Anhang) zeigen, dass die Zustimmung zu der Aussage

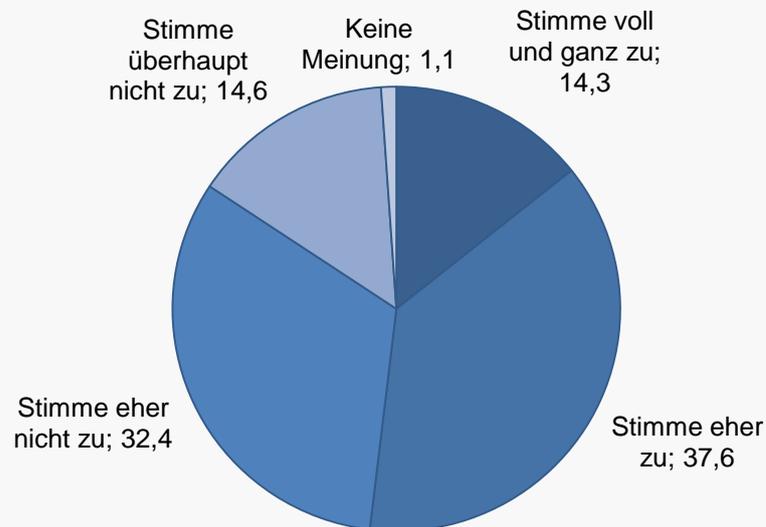
- mit steigendem Bildungsabschluss größer wird,
- bei Männern größer ist als bei Frauen, und
- bei jüngeren Arbeitnehmern größer ist – insbesondere bei 25- bis 34-Jährigen.

Weiterhin vertritt mehr als jeder zweite Arbeitnehmer die Meinung, dass von Wirtschaftswachstum die gesamte Gesellschaft profitiert: 51,9 Prozent stimmen dieser Aussage zu (Abbildung 2). Demgegenüber stimmen allerdings 47,0 Prozent der Beschäftigten der Aussage nicht zu. Der Überhang der Zustimmung ist somit relativ gering – die Arbeitnehmerschaft ist demnach hinsichtlich der Frage, ob die gesamte Gesellschaft von Wirtschaftswachstum profitiert, gespalten. Auch dies kann mit Schwächephasen zusammenhängen, in denen das Wirtschaftswachstum zu gering war, um für alle Bevölkerungsgruppen zu positiven Effekten zu führen.

Abbildung 2: Arbeitnehmer uneins hinsichtlich gesamtgesellschaftlicher Auswirkungen des Wachstums

„Von Wirtschaftswachstum profitiert letztendlich die gesamte Gesellschaft.“

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Die Uneinigkeit der Arbeitnehmer lässt sich höchstens ansatzweise durch soziodemografische Merkmale erklären. Entsprechende Vergleiche (Tabelle 3 im Anhang) zeigen lediglich, dass die Zustimmung zu der Aussage

- bei Personen mit Hauptschulabschluss am geringsten, aber bei Personen mit Realschulabschluss am größten ist, und
- bei 25- bis 34-Jährigen am größten ist.

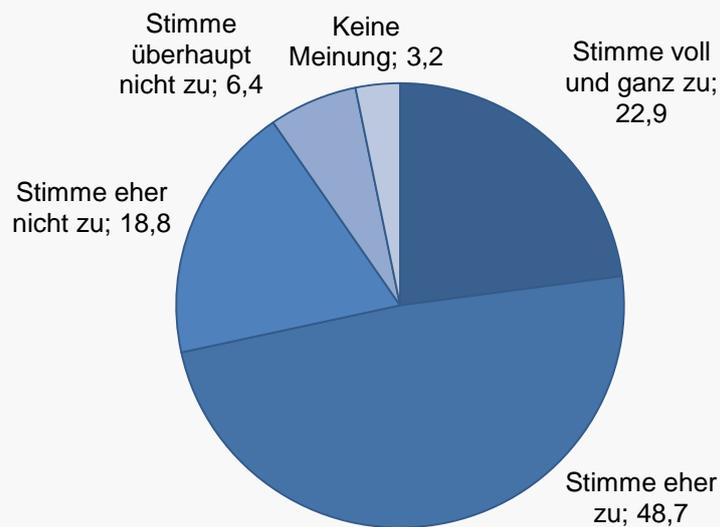
Wirtschaftswachstum laut Arbeitnehmerschaft von großer Bedeutung – sowohl derzeit als auch zukünftig

Nahezu drei Viertel der Beschäftigten sind der Meinung, dass Wirtschaftswachstum insbesondere momentan von zentraler Bedeutung ist, um aktuelle Herausforderungen bestehen zu können, die sich beispielsweise im Energiesektor, bei den öffentlichen Finanzen und in den Sozialsystemen stellen: 71,6 Prozent der Arbeitnehmer stimmen dieser Aussage zu, während 25,2 Prozent nicht zustimmen (Abbildung 3).

Abbildung 3: Wachstum insbesondere derzeit von großer Bedeutung

„Wirtschaftswachstum ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung, um die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern – beispielsweise den Atomausstieg, die Schuldenkrise und die Sicherung des Rentenniveaus sowie der Gesundheitsversorgung.“

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Vergleiche zwischen soziodemografisch abgegrenzten Gruppen unter den Arbeitnehmern (Tabelle 4 im Anhang) zeigen, dass die Zustimmung zu der Aussage

- mit steigendem Bildungsabschluss und
- tendenziell mit steigendem Alter

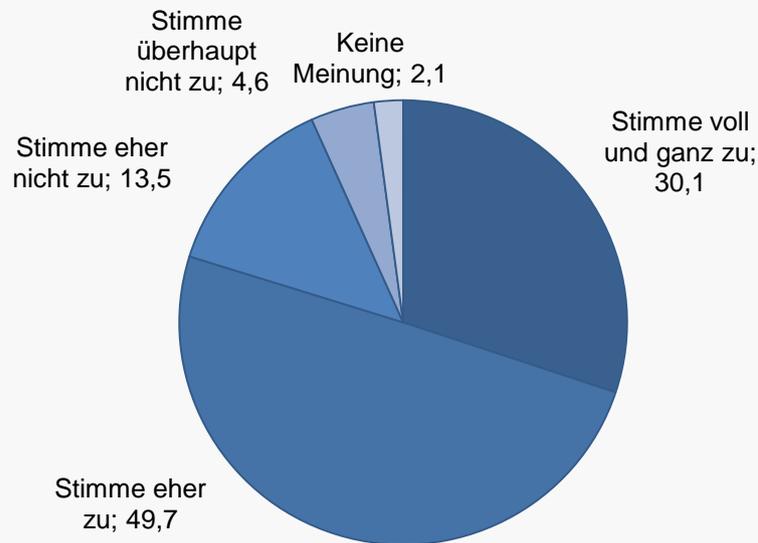
größer wird.

Darüber hinaus ist die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten der Meinung, dass Wirtschaftswachstum auch zukünftig von großer Bedeutung ist, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern und zu erhöhen: 79,8 Prozent der Arbeitnehmer vertreten diese Meinung, während 18,1 Prozent anderer Ansicht sind (Abbildung 4).

Abbildung 4: Wachstum auch in Zukunft entscheidend

„Wirtschaftswachstum ist auch zukünftig von zentraler Bedeutung, um unseren Wohlstand zu erhalten und zu steigern.“

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer



Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Der Vergleich zwischen Teilgruppen und den Beschäftigten zeigt, dass die Zustimmung zu der Aussage

- mit steigendem Bildungsabschluss etwas abnimmt, und
- mit steigendem Alter zunimmt.

Über das IW-Arbeitnehmervotum

Für das IW-Arbeitnehmervotum werden vier Mal im Jahr 1.000 Arbeitnehmer in Deutschland zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Vorgängen online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren wird entsprechend der Verteilung in Deutschland nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Nicht berücksichtigt werden Arbeitnehmer ohne Schulbildung. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Tabellenanhang

Tabelle 1: Zusammensetzung der Stichprobe						
Anzahl der Arbeitnehmer						
		Altersgruppen				
Schulbildung	Geschlecht	16-24	25-34	35-49	50-65	Gesamt
Haupt-/Volksschule	Männlich	20	29	75	61	185
	Weiblich	10	14	47	47	118
	Gesamt	30	43	122	108	303
Realschule/Polytechnische Oberschule	Männlich	26	35	80	39	180
	Weiblich	24	34	89	44	191
	Gesamt	50	69	169	83	371
Abitur/Fachhochschulreife	Männlich	14	42	79	44	179
	Weiblich	17	43	60	27	147
	Gesamt	31	85	139	71	326
Gesamt	Männlich	60	106	234	144	544
	Weiblich	51	91	196	118	456
	Gesamt	111	197	430	262	1.000

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 2: Wachstum hat laut Mehrheit die Lebenssituation verbessert

„Das Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahrzehnten hat die Lebenssituation in Deutschland alles in allem verbessert.“

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Keine Meinung	Gesamt	Saldo stimme zu/ stimme nicht zu
Gesamt	11,7	42,6	31,6	12,4	1,7	100,0	10,3
Schulbildung							
Haupt-/Volksschule	9,2	37,6	37,0	14,2	2,0	100,0	-4,4
Realschule/Polytechnische Oberschule	12,1	40,4	31,5	13,7	2,2	100,0	7,3
Abitur/Fachhochschulreife	13,5	49,7	26,7	9,2	0,9	100,0	27,3
Geschlecht							
Männlich	15,1	42,1	28,3	12,7	1,8	100,0	16,2
Weiblich	7,7	43,2	35,5	12,1	1,5	100,0	3,3
Altersgruppen							
16-24	9,0	45,0	27,0	13,5	5,4	100,0	13,5
25-34	13,7	45,2	27,9	10,2	3,0	100,0	20,8
35-49	11,6	41,2	32,8	13,3	1,2	100,0	6,7
50-65	11,5	42,0	34,4	12,2	0,0	100,0	6,9

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 3: Arbeitnehmer uneins hinsichtlich gesamtgesellschaftlicher Auswirkungen des Wachstums

„Von Wirtschaftswachstum profitiert letztendlich die gesamte Gesellschaft.“
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Keine Meinung	Gesamt	Saldo stimme zu/ stimme nicht zu
Gesamt	14,3	37,6	32,4	14,6	1,1	100,0	4,9
Schulbildung							
Haupt-/Volksschule	13,2	34,0	36,6	14,9	1,3	100,0	-4,3
Realschule/Polytechnische Oberschule	13,2	41,2	32,1	12,1	1,3	100,0	10,2
Abitur/Fachhochschulreife	16,6	36,8	28,8	17,2	0,6	100,0	7,4
Geschlecht							
Männlich	16,5	35,7	32,4	14,7	0,7	100,0	5,1
Weiblich	11,6	39,9	32,5	14,5	1,5	100,0	4,5
Altersgruppen							
16-24	12,6	38,7	33,3	14,4	0,9	100,0	3,6
25-34	13,7	41,6	26,9	15,2	2,5	100,0	13,2
35-49	13,3	37,4	33,7	14,7	0,9	100,0	2,3
50-65	17,2	34,4	34,0	14,1	0,4	100,0	3,5

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 4: Wachstum insbesondere derzeit von großer Bedeutung

„Wirtschaftswachstum ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung, um die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern – beispielsweise den Atomausstieg, die Schuldenkrise und die Sicherung des Rentenniveaus sowie der Gesundheitsversorgung.“
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Keine Meinung	Gesamt	Saldo stimme zu/ stimme nicht zu
Gesamt	22,9	48,7	18,8	6,4	3,2	100,0	46,4
Schulbildung							
Haupt-/Volksschule	20,5	48,5	21,5	6,6	3,0	100,0	40,9
Realschule/Polylechnische Oberschule	23,5	47,4	19,4	5,1	4,6	100,0	46,4
Abitur/Fachhochschulreife	24,5	50,3	15,6	7,7	1,8	100,0	51,5
Geschlecht							
Männlich	25,0	46,3	18,6	7,9	2,2	100,0	44,8
Weiblich	20,4	51,5	19,1	4,6	4,4	100,0	48,2
Altersgruppen							
16-24	21,6	45,0	21,6	6,3	5,4	100,0	38,7
25-34	17,3	47,7	20,3	9,1	5,6	100,0	35,6
35-49	24,0	47,0	20,7	5,3	3,0	100,0	45,0
50-65	26,0	53,8	13,4	6,1	0,8	100,0	60,3

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer

Tabelle 5: Wachstum auch in Zukunft entscheidend

„Wirtschaftswachstum ist auch zukünftig von zentraler Bedeutung, um unseren Wohlstand zu erhalten und zu steigern.“

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Keine Meinung	Gesamt	Saldo stimme zu/ stimme nicht zu
Gesamt	30,1	49,7	13,5	4,6	2,1	100,0	61,7
Schulbildung							
Haupt-/Volksschule	30,0	50,8	12,2	4,6	2,3	100,0	64,0
Realschule/Polylechnische Oberschule	29,6	49,3	15,1	2,7	3,2	100,0	61,1
Abitur/Fachhochschulreife	30,7	49,1	12,9	6,7	0,6	100,0	60,2
Geschlecht							
Männlich	32,5	48,3	12,3	5,5	1,3	100,0	63,0
Weiblich	27,2	51,3	14,9	3,5	3,1	100,0	60,1
Altersgruppen							
16-24	31,5	42,3	14,4	7,2	4,5	100,0	52,2
25-34	31,5	43,7	14,2	7,6	3,0	100,0	53,4
35-49	29,8	52,3	13,0	3,0	1,9	100,0	66,1
50-65	29,0	53,1	13,4	3,8	0,8	100,0	64,9

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Januar/Februar 2012, 1.000 Arbeitnehmer